

## A2 Entwicklungszusammenarbeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe - zum Grundsatzprogramm

Gremium: Landesarbeitsgemeinschaft Internationales Baden-Württemberg  
Beschlussdatum: 30.01.2020  
Status: Modifiziert

### Antragstext

- 1 Entwicklungszusammenarbeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe
- 2 Entwicklungspolitik ist Zusammenarbeit von Partnern, die darauf abzielt  
3 gegenseitigen Respekt auch auf alle Politikfelder auszudehnen. Darunter  
4 verstehen wir eine faire Handelspolitik, einen Austausch der Beziehungen auf  
5 Augenhöhe, gegenseitige Unterstützung bei Projekten und in der Finanzierung  
6 derselben, Erfahrungsaustausch, Abkehr einer einseitigen Wissenstransferpolitik.
- 7 Dieses Verständnis von Zusammenarbeit muss zwingend auf allen Ebenen der  
8 Gesellschaft stattfinden. Eine Deutungshoheit und Konzentration auf Bundesebene  
9 ist nicht zeitgemäß. Die Länder, die Kommunen und die zivilen Akteure verfügen  
10 über ein nachhaltiges Wissen und Informationen, die es stärker zu  
11 berücksichtigen gilt.
- 12 Die enge Zusammenarbeit mit den Partnern in aller Welt vor Ort hat einen  
13 stetigen Zuwachs an Vertrauen und persönlichen Kontakten generiert, den es zu  
14 erhalten und zu fördern gilt.
- 15 Die professionalisierte Entwicklungszusammenarbeit auf Bundesebene kann hier  
16 unterstützend wirken, jedoch kann sich hieraus kein Alleinvertretungsanspruch  
17 ableiten. Entwicklungszusammenarbeit muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe  
18 gesehen und akzeptiert werden. Der Regierungsansatz auf Bundesebene, dass  
19 Entwicklungszusammenarbeit „Außenpolitik“ ist, muss anders gedacht werden.
- 20 In Zeiten zunehmender Akzeptanz, dass dieser Planet seinen Bewohnern nur dann  
21 Lebensgrundlage sein kann, wenn dieselben seine vorhandenen Ressourcen und sein  
22 „Menschsein ermöglichendes Klima“ nicht derart schädigen und übernutzen, dass  
23 ebendiese Lebensgrundlage für alle Menschen sich dergestalt verändert, dass es  
24 Verteilungskämpfe geben wird, deren Ausmaß wir uns nicht im geringsten  
25 vorstellen können, ist jeder dazu aufgerufen diese gesamtgesellschaftlichen  
26 Aufgaben aktiv mitzugestalten.
- 27 Wir Grüne werden Entwicklungszusammenarbeit partnerschaftlich, als  
28 gesamtgesellschaftliche Aufgabe, verfolgen und damit alle Akteure  
29 gleichberechtigt unterstützen, sowie den Ländern und Kommunen bei dieser Aufgabe  
30 die ihnen notwendigen Kompetenzen an die Hand geben.

### Begründung

#### Grundsatzprogrammprozesses

Das neue Grundsatzprogramm „Veränderung in Zuversicht“ soll im Herbst 2020 verabschiedet werden. Im März 2019 wurde der erste Zwischenbericht des Grundsatzprogrammprozesses erstellt. Er soll zur weiteren Diskussion anregen und Impulse für die zweite Phase des Grundsatzprogrammprozesses liefern. Sie soll bis Sommer 2020 in den Entwurf für das neue Grundsatzprogramm münden.

Auf dieser Grundlage und den weiteren Diskussionen und Kommentaren haben wir, die Landesarbeitsgruppe Internationales Baden-Württemberg, den nachfolgenden Antrag formuliert.

Ausgehend von den Leitfragen zu der zukünftigen Europa, Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik, wie diese im Grundsatzprogramm auszuformulieren sind, zielt unser Antrag auf die Herausstellung, dass wir Grünen die Verantwortung eines jeden Einzelnen, als verantwortungsbewußter und selbstbestimmter Mensch, herausstellen und ein aktives Wirken als gesamtgesellschaftliche Aufgabe definieren.

Die formulierten Leitfragen

Sind Städte und Regionen die neuen Akteure für erfolgreiches multilaterales Handeln anstelle blockierter Nationalstaaten?

Wie organisieren wir Verstädterung und das Leben in Mega Cities ökologisch, sozial und frei?

Müssen Kommunen in einer globalisierten Welt stärker außenpolitisch agieren?

haben wir aufgenommen und möchten mit unserem Antrag im Kapitel Antworten in Zeiten des Umbruchs die Grundsätze einer gerechten und friedlichen Weltordnung (Seite S. 31 – 43) wie folgt ergänzen (siehe oben)